

Exklusiv-Interview mit Prof. Dr. J. Olszyński

Gesandter – Botschaftsrat der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Botschaft der Republik Polen in Deutschland

Die Erweiterung der Europäischen Union steht bevor. Polen wird 2004 Vollmitglied. Welches waren – in der Rückschau – die wichtigsten Veränderungen in der polnischen Gesellschaft seit dem Sieg Ihres Volkes über das kommunistische Herrschaftssystem Ende der achtziger Jahre?

tem und gegen die Europäische Union, oft nicht ahnend, dass Polen als EU-Mitglied im Stande sein wird, eine Reihe von diesen Problemen zu lösen.

Das polnisch-deutsche Verhältnis hat sich in den letzten Jahrzehnten ökonomisch und politisch ra-

tem und gegen die Europäische Union, oft nicht ahnend, dass Polen als EU-Mitglied im Stande sein wird, eine Reihe von diesen Problemen zu lösen.

Gemeinde sowie Woiwodschaft und Kreis, die in der zweiten Etappe der Verwaltungsreformen eingeführt wurden. Dadurch stellen unsere Selbstverwaltungen gute Partner für ihre Gegenüber in Deutschland dar. Bei mehreren Wirtschaftsprojekten werden polnische und deutsche Regionen sowie lokale Verwaltungen die EU-Finanzierung in Anspruch nehmen, was zweifelsohne ihre bereits intensive Zusammenarbeit stabilisieren wird.



Nach Auffassung Ihrer Regierung und der Notenbank sollte Polen 2006, also zwei Jahre nach dem effektiven Beitritt in die EU, in der Lage sein, die Maastrichter Kriterien voll zu erfüllen. Das würde bedeuten, dass sich der Zloty schon recht bald eng am Euro orientiert. Wie beurteilen Sie diese, für die Wirtschafts- und Finanzpolitik wichtige Frage, auch unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen Konjunktorentwicklung in Polen?

Prof. Olszyński: Die Bildung einer Gesellschaft, die auf einem demokratischen Wertesystem mit Mehrparteiensystem einschließlich der Dreiteilung von Macht basiert. Hinzu kommt ebenfalls eine effektive Einführung von Marktwirtschaftsordnung, welche die Energie von Millionen von Polen ausgelöst und zu einem bedeutenden Wirtschaftswachstum Polens in den vergangenen Jahren beigetragen hat. Von dem Umbruch war die gesamte Bevölkerung betroffen, jedoch nicht die gesamte Bevölkerung hat schnell genug die Spielregeln der Demokratie und der Marktwirtschaft beherrscht. Deswegen protestiert manchmal ein Teil davon gegen dieses Sys-

sant entwickelt. Es gibt neben einem umfangreichen Kapital- und Warenaustausch auch viele praktische Entwicklungsprojekte, z. B. in der Grenzregion Görlitz-Zagorzelec. Oder Partnerschaften von Bundesländern mit Wojwodschaften, etwa Hessen-Wielkopolska. Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang für Sie die Aufnahme Polens in die EU?

Prof. Olszyński: Polens EU-Beitritt wird die Prozesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch auf dieser Ebene beschleunigen. Ein wichtiges Fundament dieser Zusammenarbeit war die Herausbildung des polnischen Modells der Selbstverwaltung mit einer starken

Prof. Olszyński: Polens Beitritt zur Eurozone wird voraussichtlich im Jahre 2007 stattfinden. Das hat sich der Rat für Geldpolitik bei seiner Sitzung Ende Februar 2003 zum Ziel gesetzt. Das strategische Ziel des Rates ist das Beibehalten der Inflation auf dem Niveau von 2,5 % mit einer möglichen Abweichung um einen Prozentpunkt nach oben bzw. nach unten. Zugleich hat der Rat festgestellt, dass die seit 1998 verfolgte Strategie eines direkten Inflationsziels bei einem flexiblen Wechselkurs die wirksamste Kontrollmethode der Inflation darstellt. Der Rat beabsichtigt, den flexiblen Kurs bis zum Zeitpunkt der Einführung des Zloty in das WKM II-System,

die dem Beitritt zur Eurozone vorangeht, beizubehalten. In Bezug auf die Ziele der neuen Strategie des Rates muss das Ministerium für Finanzen systematisch konsultiert werden. Eine fest eingerichtete Expertengruppe, die sich mit dieser Thematik befasst, setzt sich aus Mitarbeitern der Polnischen Nationalbank und des Ministeriums für Finanzen zusammen. Eine vorübergehende Abschwächung der Konjunktur in Polen gegenüber einer deutlich aufkommenden wirtschaftlichen Belebung im Jahre 2003 stellt hier kein bedeutendes Problem dar. Eine gewisse Unbekannte bedeutet das Ergebnis des Referendums, das über dem Niveau einer 50%igen Befürwortung des EU-Beitritts liegen müsste. Uns erwarten jedoch bis dahin noch Ereignisse, die nicht immer abzusehen sind.

Wie ist die Transformation der polnischen öffentlichen Verwaltung in eine Verwaltung „westlichen Typs“, welche die EU Norm erfüllt, vorangekommen, und welche Probleme gibt es noch?

Prof. Olszyński: Den Begriff einer Verwaltung „westlichen Typs“ gibt es nicht. Jede Regierung, die im Ergebnis freier Wahlen soziale Legitimation erhielt, kann unterschiedliche Strukturen haben, was am Beispiel der Vielfalt ihres Charakters in den alten EU-Mitgliedern zu sehen ist. Das polnische Problem ist eine solche Stabilisierung von Machtstrukturen, dass sie nach unserem Beitritt effektiv vielfältige Programme und Gemeinschaftspolitiken in Polen umsetzen können.

Hier müssen noch entschiedene Schritte getan werden. Bei einer schwierigen Lage und der Reform des Haushalts ist es nicht einfach. Allerdings schafft eine aufgeblähte Bürokratie eine Reihe von Problemen, die sich dann im Überschreiten von manchen Maastricht-Kriterien widerspiegeln, was wir im

Falle der größten und der kleinsten Mitgliedsstaaten beobachten können.

Der Beitritt Polens zur EU wird nicht von allen Bürgern Ihres Landes – insbesondere in den ländlichen Gebieten unterstützt. Auch gibt es verschiedentlich Kritik an ausländischen Investitionen in Ihrem Land, z. B. im Energiesektor. Kann man hier von einer Spaltung der polnischen Gesellschaft in der Frage des EU-Beitritts sprechen? Welche Bedeutung haben

(ca. 20 %) sind populistische Gruppierungen, die zwar sehr laut auf der politischen Bühne agieren, sich aber selber im Umbruch befinden. So ist die Logik sämtlicher jungen Demokratien. Für das Gelingen des Referendums werden eine Stabilität der politischen Landschaft und die Signale aus der EU, dass ihr uns als gleichberechtigte Partner behandelt, von Bedeutung sein.

Auch innerhalb der EU hat man mit unterschiedlichen Meinungen

Die Privatisierungsinstitutionen Mittel- und Osteuropas und der von ihnen durchgeführte Privatisierungsprozess gehören wohl zu den größten und insgesamt erfolgreichsten Entwicklungsprojekten der neueren europäischen Wirtschaftsgeschichte – vergleichbar mit oder übertroffen allenfalls vom Prozess der Marktintegration und Erweiterung der Europäischen Union. Auf dem Wege zum gemeinsamen Ziel der Schaffung einer wettbewerbsfähigen und damit europafähigen Marktwirtschaft und Privateigentumsordnung haben die im Buch vorgestellten Staaten bei der Wahl ihrer Privatisierungsinstitutionen ebenso wie ihrer Methoden teilweise ähnliche, teilweise aber auch signifikant unterschiedliche Wege eingeschlagen. Der strukturell einheitliche Aufbau der Länderberichte erleichtert dem Leser den Ländervergleich.



Herwig Roggemann/Jens Lowitzsch
Privatisierungsinstitutionen in Mittel- und Osteuropa
 BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag,
 Berlin 2002, 428 S., 79.00 €, ISBN 3-8305-0310-5

diese unterschiedlichen Auffassungen für den EU-Beitritt Ihres Landes im nächsten Jahr?

Prof. Olszyński: Die Einzelfälle von Abneigung gegenüber ausländischen Investoren in Polen spiegeln nicht die gesamte Einstellung der Bevölkerung zu Investoren in Polen wider. Sie ist positiv. Die Investoren schaffen Arbeitsplätze. Die Löhne in Firmen mit Beteiligung ausländischen Kapitals sind in der Regel höher als in polnischen Firmen. Ausländische Firmen zahlen ebenfalls bei uns Steuern. Die polnische Bevölkerung unterstützt zu 70 % unseren EU-Beitritt. Seine größten Gegner

bei vielen Themen zu tun und es führt nicht zu einer Spaltung in „schlechtere“ und „bessere“ Länder. Eine Belehrung aus einer „väterlichen“ Position, wovon wir vor kurzem ein Beispiel erleben durften, dient nicht gerade der Überzeugung der zu unserem Beitritt negativ eingestellten Wähler. Die Polen sind eine Nation, die in den letzten Jahren zügig Pragmatismus gelernt hat. Das Romantische ist uns zwar auch nicht fremd aber in den für Polen wichtigsten Fragen – wie der EU-Beitritt zu guten Bedingungen – wird gerade der Pragmatismus überwiegen.

Das Interview führte Jürgen Klocke